

Weil sich Regierung nicht an Abkommen hält

27. January 2025



So leben die 150 mexikanischen Christen derzeit (Symbolbild)

Quelle: envato / Pressmaster

Rund 150 Baptisten, die gewaltsam aus ihren Dörfern vertrieben wurden, sind in den benachbarten Bundesstaat Veracruz gezogen. Dies, weil die Behörden ein Abkommen über Rückkehr und Religionsfreiheit nicht eingehalten haben.

Die Mitglieder der «Great Commission Fundamental Baptist Church» mussten im April ihre Dörfer Coamila und Rancho Nuevo verlassen, nachdem die lokalen Behörden erklärt hatten, dass religiöse Minderheiten dort nicht geduldet würden.

Denjenigen, die in den Dörfern blieben, wurde mitgeteilt, dass ihre Bewegungen streng überwacht würden, um sicherzustellen, dass jeglicher Kontakt zu ihren Verwandten, die sich in der Zwischenzeit in Veracruz niedergelassen hatten, verboten blieb.

Die Gruppe zog nach und nach von Hidalgo nach Chalma, Veracruz, wo ihnen die Möglichkeit geboten wurde, Land zu pachten und später zu kaufen. Derzeit leben sie in Zelten und warten auf staatliche Unterstützung.

Staat hält sich nicht an Abkommen

Obwohl die Vertriebenen zunächst optimistisch waren, nach der Unterzeichnung eines Abkommens im September in ihre Heimat zurückkehren und ihre Religion ohne Einschränkungen ausüben zu können, brachen die Dorfvorsteher schon bald die wichtigsten Bestimmungen des Abkommens. Das Abkommen war von staatlichen und kommunalen Beamten unter Beteiligung der Dorfbehörden und der vertriebenen Gemeinschaft ausgehandelt worden.

Entgegen den Bestimmungen des Abkommens wurde den Rückkehrern mitgeteilt, dass sie finanzielle Beiträge an die örtliche römisch-katholische Kirche leisten müssten. Sie wären zwar nicht gezwungen, an katholischen Veranstaltungen teilzunehmen, müssten aber die entsprechenden Gebühren bezahlen. Ausserdem wurde ihnen verboten, über ihren Glauben zu sprechen, und eine Konversion wurde untersagt.

Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem verwehrt

Zudem wurde den Angehörigen der religiösen Minderheit mitgeteilt, dass sie erst nach einem Jahr wieder in die Gemeindelisten aufgenommen würden. Bis dahin blieb ihnen der Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und anderen staatlichen Leistungen verwehrt, um die Einhaltung der Auflagen zu gewährleisten.

Anna Lee Stangl von «Christian Solidarity Worldwide» (CSW) sagte: «Wir sind zutiefst enttäuscht, dass die mexikanische Regierung auf allen Ebenen – kommunal, bundesstaatlich und föderal – erneut ihrer Verantwortung nicht nachgekommen ist, die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit zu schützen. Stattdessen hat sie die Verantwortung für die Lösung dieser schwerwiegenden Verletzung der Grundrechte auf die Opfer abgewälzt.»

Deshalb fordert CSW die mexikanische Regierung auf, «konkrete Massnahmen zu ergreifen, um die Religionsfreiheit für alle, einschliesslich der indigenen Völker, zu schützen. Darüber hinaus muss sie die Kultur der Straflosigkeit bei Verletzungen der Religionsfreiheit bekämpfen, indem sie die Verantwortlichen für diese

Verbrechen vor Gericht bringt.»

Zum Thema:

[Faktencheck Christentum: Religionsfreiheit – wird sie überleben?](#)

[Druck in Mexiko: Gewalt gegen Christen erreicht neuen Höhepunkt](#)

[Mexiko: Bezahlen, um nicht mehr verfolgt zu werden?](#)

Autor: Donna Birrell / Daniel Gerber

Quelle: Premier / Übersetzung: Livenet

Tags